

Warum Bremen die Autobahnen abgibt

Ab Januar übernimmt der Bund Planung, Bau und Unterhalt aller Bremer Schnellstraßen – Fragen und Antworten

VON PASCAL FALTERMANN

Bremen. Was seit Jahrzehnten von den Bundesländern abgewickelt wurde, wird künftig zentral aus Berlin gesteuert. Der Bund ist ab dem 1. Januar 2021 für alle Bremer Autobahnen und Bundesstraßen zuständig. Also für Planung, Bau und Unterhalt der Schnellstraßen. Was bedeutet das für Bremens Einfluss bei der Verkehrsplanung? Wer koordiniert die Baustellen? Fragen und Antworten.

Warum übernimmt der Bund durch die Autobahn GmbH die Zuständigkeit für Autobahnen und Bundesstraßen?

Es ist die größte Reform, seitdem 1996 die Finanzierung des regionalen Bahnverkehrs von der Deutschen Bahn an die 16 Bundesländer übertragen wurde. Es ist eine Änderung des Grundgesetzes, die man im Rahmen der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen getroffen hat. Es fing im Prinzip bereits 2005 an, als man prüfte, was Bund und was Länder machen. Die Verkehrsminister wollten die Zuständigkeit eigentlich gerne behalten, aber der Bundesfinanzminister setzte sich durch.

Was ändert sich genau?

„Wenn künftig Autobahnen gebaut werden, sind wir nicht mehr Vorhabenträger“, sagt Gunnar Polzin, Leiter der Verkehrsabteilung im Bremer Mobilitätsressort. „Aber wir können städtische Positionen durchsetzen, weil wir im Zweifelsfall als Kläger auftreten könnten, wenn uns ein Ausbau nicht gefällt“, so Polzin. Mit der Anpassung der Flächennutzungspläne habe man ein wichtiges Instrument, um auf Vorhaben einzuwirken. Ein Beispiel dafür sind die gescheiterten Pläne für den Bau der A 281. Im Jahr 2010 hatte eine Anwohnerinitiative vorm Bundesverwaltungsgericht Erfolg, weil die planfestgestellte aktuelle Trasse zu weit von der Lage der Autobahn im Flächennutzungsplan entfernt geplant worden war.

Welchen Einfluss hat Bremen dann noch bei Autobahnen und Bundesstraßen?

„Man kann diese Verkehrsprojekte nicht mehr pushen“, sagt Polzin. Wenn die Autobahn GmbH (also der Bund) ein Projekt nicht angehen will, kann Bremen nichts machen. Aus diesem Grund haben das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) und die Verkehrsbe-



Ab Januar ist der Bund für Bau und Unterhaltung der Autobahnen zuständig – Bremen gibt aber das Tempo vor.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

werde es, die Autobahnen als bundesweites Netz zu betrachten. Themen wie die Straßensicherheit oder Verkehrsleitsysteme können nun länderübergreifend gelöst werden. So könne man Strategien, um den Verkehr zu lenken, entwickeln. „Man wird die Unterschiede an den Ländergrenzen nicht mehr so stark haben“, sagt Polzin. Es kann vermieden werden, dass beispielsweise bei einer schlechten Fahrbahn Bremen Tempo 80 anordnet und in Niedersachsen 120 Stundenkilometer gelten. Es können einheitliche Standards geschaffen werden. Bremen wird finanziell entlastet, weil es die Planungskosten für die Autobahnen und Bundesstraßen nicht mehr tragen muss.

Welche Nachteile hat Bremen?

Die Abstimmung, was das Baustellenmanagement angeht, also das Koordinieren von zahlreichen Maßnahmen, werde nicht einfacher, eher komplizierter, sagt Polzin. Bremen muss sich künftig mit Niedersachsen für die Bundesstraßen und der Autobahn GmbH wegen den Bundesautobahnen abstimmen. In Niedersachsen sind vier Niederlassungen (Verden, Nienburg, Oldenburg, Lüneburg) sowie für Bremen die Deges und zwei Außenstellen der Autobahn GmbH (Verden und Oldenburg) einzubinden.

Haben die Verkehrsbehörde und das ASV dann mehr Zeit für marode Fuß- und Radwege?

Es könnten Kapazitäten frei werden bei Mitarbeitern, die sich beispielsweise zuvor um Bundesfernstraßen-Themen gekümmert haben, sagt Polzin. Das sei aber überschaubar, weil ein Großteil davon sowieso schon die Planungsgesellschaft Deges übernommen hatte. Beim ASV hatte man laut Leiter Mannl bislang die Arbeit an den großen Bundesbrücken vorgezogen, jetzt gelte es die kleineren, die kommunalen Bauwerke nachzurechnen.

„Wir haben dort durchaus einiges nachzuholen“, so Mannl.

Wird die Höchstgeschwindigkeit auf den Bremer Autobahnen vom Bund gesteuert?

„Für die Verkehrsbeeinflussungsanlagen gibt es eine Kooperationsvereinbarung“, sagt Sebastian Mannl. Heißt: Das ASV in Bremen steuert für den Bund und gibt so weithin das Tempo vor, das auf den technischen Anlagen auf der A 1 und A 27 angezeigt wird. Das gilt zumindest für die nächsten fünf Jahre. Auch die Verkehrsmanagementzentrale verbleibt beim ASV, um hier weiterhin das gesamte Straßennetz aus einer Hand steuern zu können.

Zieht der Bund die Fachkräfte mit lukrativen Angeboten aus Bremen ab?

„Es gibt ein paar Abgänge“, sagt Mannl. Das habe aber meist persönliche Gründe gehabt. Die Vakanzen seien bereits alle wieder besetzt und man habe keine tatsächlichen Verluste. Nur die Autobahnmeisterei und die dort beschäftigten Mitarbeiter wechseln zur neuen Gesellschaft.

Um was kümmert sich Bremen?

Laut einer Kooperationsvereinbarung betreuen teilweise die Fachleute des ASV weiter die großen Projekte wie Lesumbrücke oder die Prüfung der Brücken. Das komplette Straßennetz (bis auf Bundesstraßen und Autobahnen) bleibt in der Verantwortung Bremens. So wird Bremen beispielsweise auch die Rad- und Fußgängerbrücken über die Weser selbst planen und bauen.

Kann der Bund bestimmte Verkehrsprojekte gegen den Willen Bremens einfach umsetzen?

Ein Planfeststellungsbeschluss (vom Bund) wird nur vollziehbar, wenn er vereinbar mit dem Flächennutzungsplan ist, den Bremen

macht. „Der Bund kann sich nicht mit seiner Fernstraßenplanung gegen Städte und Kommunen durchsetzen“, sagt Polzin. Das müsse immer im Einklang passieren.

ANZEIGE



- > Saisonabschlusskonzert der Berliner Philharmoniker
- > Sonderausstellung „Rembrandts Orient“ im Museum Barberini
- > Kabarettvorführung im Distel
- > Luxushotel THE WESTIN GRAND

Berliner Philharmoniker – live in der Waldbühne Berlin

PREMIUM Event-Leserreise vom 24. bis 27. Juni 2021



Jahr für Jahr ein großartiges Erlebnis: Als eines der weltweit führenden Sinfonieorchester spielen die Berliner Philharmoniker auch 2021 ihr traditionelles Saisonabschlusskonzert in der einzigartigen Kulisse der legendären und stets ausverkauften Waldbühne, die zu den schönsten Open-Air-Bühnen Europas zählt. Auf dem Programm stehen Werke von George Gershwin, Leonard Bernstein und John Williams. Dirigiert werden die Berliner Philharmoniker von Wayne Marshall. Lassen Sie sich von der Musik und der einzigartigen Atmosphäre unter freiem Himmel begeistern. Freuen Sie sich zudem auf den Besuch des Museums Barberini in Potsdam mit der Sonderausstellung „Rembrandts Orient“, auf ein politisches Kabarett vom Feinsten im legendären Kabarett Distel und auf eine spezielle Stadtrundfahrt.

Reiseveranstalter: Hanseat Reisen GmbH, Langenstraße 20, 28195 Bremen

Zusätzlich buchbar: ab/bis Haustür € 18,- p. P.

Das Leserreisen-Büro ist seit dem 12.10.2020 bis auf weiteres für den Publikumsverkehr geschlossen.

Informationen, Beratung und Buchungsanfrage: 0421/36 71-66 33

Pressehaus Bremen, Martinstr. 43, 28195 Bremen | Osterholzer Kreisblatt/DER Deutsches Reisebüro

0421/36 71-66 33

Telefonische Erreichbarkeit Mo.-Fr.: 10-14 Uhr

bt-leserreisen@hanseatreisen.de

weser-kurier.de/leserreisen

WESER KURIER REISEN

- Inklusive:**
- > Busfahrt im 4-Sterne plus Bus von Bremen nach Berlin und zurück
 - > 3 Nächte im luxuriösen Hotel THE WESTIN GRAND BERLIN (Zimmern der Kat. Linden Superior) mit Frühstück und Nutzung des Fitness- und Wellnessbereichs, Kaffeemaschine auf dem Zimmer, Übernachtungssteuer und WLAN
 - > Begrüßungssekt im Hotel
 - > 1 x Mittagessen, 1 x Abendessen
 - > Eintrittskarte Kabarett Distel PG a im Wert von € 33,-
 - > 3-stündige Stadtrundfahrt „Das alte und neue Berlin“
 - > Eintrittskarte Waldbühnenkonzert PK 3 in Block A2 im Wert von € 54,-
 - > Eintritt und Führung durch die Sonderausstellung „Rembrandts Orient“
 - > Sämtliche Bustransfers vor Ort
 - > Reisebegleitung ab/bis Bremen

Reisepreise pro Person:
im Doppelzimmer € 769,-
im Doppelzimmer zur Alleinbenutzung € 1.029,-
Zusätzlich nur vorab buchbar:
2,5-stündige Dampferfahrt € 23

1950 Corona-Impfungen noch in diesem Jahr

Umfang der ersten Lieferung für das Land Bremen steht verbindlich fest

VON TIMO THALMANN

Bremen. Fünf Gebinde mit jeweils 975 Corona-Impfdosen in 195 Fläschchen wird Biontech an das Land Bremen in einer ersten Lieferung schicken. Das steht nach Angaben des Gesundheitsressorts jetzt verbindlich fest. Zum Jahreswechsel oder spätestens Anfang 2021 werden weitere Lieferungen erwartet, deren Umfang und genauer Termin jedoch wieder unklar ist. Eines der jetzt zugesagten Gebinde ist für Bremerhaven vorgesehen. Damit verbleiben für den Auftakt der Impfkampagne am 27. Dezember 3900 der insgesamt 4875 Impfdosen dieser allerersten Charge in der Stadt Bremen. Da jeder zweimal geimpft werden muss, können mit dieser Lieferung 1950 Personen behandelt werden. Das werden ausschließlich Bewohner und Personal von Pflegeeinrichtungen sein. Die 1950 Erst-Impfungen sollen noch vor Silvester abgeschlossen sein.

Die Häuser werden dafür von 14 mobilen Impfteams besucht, jeweils sieben Teams

des Roten Kreuzes (DRK) und der Johanniter. In jedem dieser Teams fahren Ärzte sowie impfbefähigtes Fachpersonal mit. Diese Mitarbeitenden haben sich laut Gesundheitsressort allesamt freiwillig für die Aufgabe gemeldet, sind aber vertraglich dem Impfzentrum angebunden. Das sei notwendig, da das Impfen eine staatliche Aufgabe ist.

Wegen des anfänglich sehr knappen Impfstoffes werden zunächst diejenigen geimpft, die durch das Virus am meisten gefährdet



Impfstoff für fünf Impfungen ist in einem Fläschchen enthalten. FOTO: ARIEL SCHALIT / DPA

sind. Das sind Menschen über 80 Jahre in Pflegeeinrichtungen und ihre Pflegekräfte sowie danach die gleiche Altersgruppe außerhalb der Heime. Laut Bevölkerungsstatistik sind in Bremen mehr als 40 000 Einwohner älter als 80 Jahre. Allein diese Impfungen werden abhängig von der Zahl der gelieferten Impfdosen mutmaßlich bis in den Februar dauern. Kersten Artus als Sprecherin des Gesundheitsressorts weist darauf hin, dass diese Bürgerinnen und Bürger sorgfältig aufgeklärt werden müssen und nicht immer leicht erreichbar seien. „Wir appellieren an die Solidarität der Gesellschaft, Geduld zu zeigen.“

In der ersten Phase der Impfung, in der es allein um die am meisten gefährdete Bevölkerung geht, werden darum die Impftermine gezielt vergeben und die Betroffenen angeschrieben. Es besteht keine Möglichkeit, einen Impftermin zu bekommen, ohne dazu vom Impfzentrum eingeladen zu werden. Wer keinen Termin hat, kann nicht geimpft werden.